

AMT DER NIEDERÖSTERREICHISCHEN LANDESREGIERUNG
Gruppe Raumordnung, Umwelt und Verkehr
Abteilung Gesamtverkehrsangelegenheiten
3109 St. Pölten, Landhausplatz 1



Amt der Niederösterreichischen Landesregierung, 3109

Herrn
Landtagspräsidenten
Ing. Johann Penz

Landtag von Niederösterreich
Landtagsdirektion

Eing.: 29.06.2012

zu Ltg.-**1073/A-2/38-2012**

E-Ausschuss

Beilagen
RU7-A-11/079-2012 8
Kennzeichen (bei Antwort bitte angeben)

E-Mail: post.ru7@noel.gv.at - Telefax 02742/9005/14950
Internet: <http://www.noel.gv.at> DVR: 0059986
Bürgerservice-Telefon 02742/9005-9005

		(0 27 42) 9005		
Bezug	BearbeiterIn	Durchwahl	Datum	
Ltg.-1073/A-2/38-2012	Dipl.-Ing. Christian Popp	14083	26. Juni 2012	

Betrifft

Resolution des Landtages, Ablehnung weiterer Marktöffnung bei den
Bodenverkehrsdiensten auf Flughäfen wegen drohenden Lohn- u. Sozialdumpings;
Beantwortung

Sehr geehrter Herr Präsident!

Im Sinne der Resolution des Landtages von Niederösterreich vom 26. Jänner 2012
betreffend Ablehnung weiterer Marktöffnung bei den Bodenverkehrsdiensten auf den
Flughäfen wegen drohenden Lohn- und Sozialdumpings wird folgender Bericht gelegt:

Der Landtag von Niederösterreich hat in der Sitzung am 26. Jänner 2012 den Antrag des
Europa-Ausschusses über den Antrag der Abgeordneten Razborcan, Mag. Heuras,
Tauchner u.a. betreffend Ablehnung weiterer Marktöffnung bei den
Bodenverkehrsdiensten auf den Flughäfen wegen drohenden Lohn- und Sozialdumpings
zum Beschluss erhoben.

Darin wird die NÖ Landesregierung ersucht,

- bei der Bundesregierung und den österreichischen Mitgliedern des Europäischen Parlamentes, darauf zu drängen, dass sie bei allen ihnen sich bietenden Gelegenheiten bei den Institutionen der Europäischen Union auf die in der Antragsbegründung angeführte Problematik bei der weiteren Marktöffnung bei den

Bodenverkehrsdiensten auf den Flughäfen hinweisen und eine weitergehende Regulierung im Bereich der Bodenabfertigungsdienste ablehnen,

- den Vertretern des Rates der Europäischen Union und des Europäischen Parlaments sowie dem zuständigen Verkehrskommissar Siim Kallas die Haltung des NÖ Landtages zur Problematik bei der weiteren Marktöffnung bei den Bodenverkehrsdiensten auf den Flughäfen im Sinne der Antragsbegründung mitzuteilen.

Gemäß der Geschäftseinteilung des Amtes der NÖ Landesregierung ist dieser Beschluss federführend von der Abteilung Gesamtverkehrsangelegenheiten im Einvernehmen mit der Abteilung Verkehrsrecht, der Gruppe Wirtschaft, Sport und Tourismus, der Abteilung Landesamtsdirektion (Stabsstelle Allgemeine Verwaltung und Stabsstelle Internationale, Europäische und Protokollarische Angelegenheiten) sowie allfällig sonst noch betroffenen Dienststellen zu vollziehen.

Im Sinne des ersten Punktes der zu vollziehenden Resolution wurde seitens des für Verkehrsfragen zuständigen Landesrates Mag. Karl Wilfing an

- Herrn Bundeskanzler Werner Faymann
- Herrn Außenminister Vizekanzler Dr. Michael Spindelegger
- Frau Verkehrsministerin Doris Bures
- und folgende Österreichische Mitglieder des Europäischen Parlaments:
 - Abgeordneter Dr. Heinz K. Becker
 - Abgeordneter Mag. Martin Ehrenhauser
 - Abgeordnete Mag. Karin Kadenbach
 - Vizepräsident Mag. Othmar Karas
 - Abgeordnete Elisabeth Köstinger
 - Abgeordneter Mag. Jörg Leichtfried
 - Abgeordnete Dr. Evelin Lichtenberger
 - Abgeordnete Mag. Ulrike Lunacek
 - Abgeordneter Dr. Hans-Peter Martin
 - Abgeordneter Andreas Mölzer
 - Abgeordneter Mag. Franz Obermayer
 - Abgeordneter Dr. Hubert Pirker
 - Abgeordnete Mag. Eveline Regner

- Abgeordneter Dr Paul Rübiger
- Abgeordneter Dr. Richard Seeber
- Fraktionsvorsitzender Dr. Hannes Swoboda
- Abgeordnete Mag. Angelika Werthmann
- Abgeordneter Mag. Ewald Stadler
- Abgeordnete Mag. Josef Weidenholzer

folgendes Schreiben in deutscher Sprache gerichtet:

"Sehr geehrter Herr Bundeskanzler!

Sehr geehrter Herr Vizekanzler!

Sehr geehrte Frau Bundesminister!

Sehr geehrtes Mitglied des Europäischen Parlaments!

Sehr geehrter Herr Vizepräsident!

Sehr geehrter Herr Fraktionsvorsitzender!

Mit Vorschlag der EK KOM(2011) 824 soll die Bodenabfertigung großer Flughäfen weiter liberalisiert werden. Der Landtag von Niederösterreich hat sich in seiner Sitzung vom 26. Jänner 2012 mit dieser Problematik befasst.

Bereits mit der derzeit gültigen Richtlinie der Europäischen Kommission vom 15. Okt. 1996 wurde eine Liberalisierung der Bodenabfertigungsdienste auf den europäischen Flughäfen begonnen, die das Ziel verfolgt, einerseits eine Kostenreduktion für die Fluggesellschaften und andererseits eine höhere Qualität bei den Bodenabfertigungsdiensten zu erreichen. Die Praxis zeigt jedoch, dass diese Ziele nicht erreicht wurden und darüber hinaus auch eindeutig negativ zu beurteilende Begleiteffekte, insbesondere negative Auswirkungen auf die Beschäftigten nach sich gezogen haben.

Mit dem nunmehr vorgelegten Änderungsentwurf für die Bodenabfertigungsrichtlinie strebt die EU-Kommission einen noch höheren Wettbewerbsdruck an, der jedoch eindeutig zu Lasten von sozialen Regelungen geht. Eine weitere Deregulierung der Bodenverkehrsdienste wäre ein Schritt zu noch weniger Arbeitnehmerrechten im Luftverkehrsmarkt. Die Folgen für die Arbeitsbedingungen und die Wirtschaft in diesem sensiblen Bereich wären prekär, darüber hinaus würde das für den Flugverkehr unerlässliche Maß an Sicherheit und Zuverlässigkeit aufs Spiel gesetzt werden.

Der Niederösterreichische Landtag beschloss, eine weitergehende Regulierung (nämlich Liberalisierung) im Bereich der Bodenabfertigungsdienste daher im Interesse der Beschäftigten, aber auch im Interesse der Aufrechterhaltung des hohen Sicherheitsstandards bei der Flugabfertigung, abzulehnen. Er ersucht Sie dringend, im Zuge Ihrer Tätigkeit auf die angeführte Problematik hinzuweisen und eine weitergehende Regulierung (Liberalisierung) in diesem Bereich abzulehnen.

Der Vollständigkeit halber ist die zum Beschluss erhobene Resolution des NÖ Landtages in Abschrift angeschlossen.“

Im Sinne des zweiten Punktes der zu vollziehenden Resolution wurde seitens des für Verkehrsfragen zuständigen Landesrates Mag. Karl Wilfing an

EU-Kommissar für Verkehr, Siim Kallas

EU-Kommissar für Regionalpolitik, Dr. Johannes Hahn

Präsident des Europäischen Parlamentes, Martin Schulz

Fraktionsvorsitzender EVP, Joseph Daul

Fraktionsvorsitzender ALDE, Mag. Guy Verhofstadt

Fraktionsvorsitzender ECR, Martin Callanan BSc

Ko-Fraktionsvorsitzender EFA, Daniel Cohn-Bendit

Ko-Fraktionsvorsitzende EFA, Rebecca Harms

Fraktionsvorsitzender GUE/NGL, Dr. Lothar Bisky

Ko-Fraktionsvorsitzender EFD, Francesco Enrico Speroni

Ko-Fraktionsvorsitzender EFD, Nigel Farage

Repräsentant der Präsidentschaft, Transportminister Henrik Dam Kristensen

folgendes Schreiben in deutscher und/oder englischer Sprache bzw. Übersetzung gerichtet:

"Sehr geehrter Herr Kommissar!

Sehr geehrter Herr Parlamentspräsident!

Sehr geehrte Frau Fraktionsvorsitzende!

Sehr geehrter Herr Fraktionsvorsitzender!

Sehr geehrter Herr Minister!

Sehr geehrter Vorsitzender des Verkehrsministerrates!

Mit Vorschlag der EK KOM(2011) 824 soll die Bodenabfertigung großer Flughäfen weiter liberalisiert werden. Der Landtag von Niederösterreich hat sich in seiner Sitzung vom 26. Jänner 2012 mit dieser Problematik befasst.

Bereits mit der derzeit gültigen Richtlinie der Europäischen Kommission vom 15. Okt. 1996 wurde eine Liberalisierung der Bodenabfertigungsdienste auf den europäischen Flughäfen begonnen, die das Ziel verfolgt, einerseits eine Kostenreduktion für die Fluggesellschaften und andererseits eine höhere Qualität bei den Bodenabfertigungsdiensten zu erreichen. Die Praxis zeigt jedoch, dass diese Ziele nicht erreicht wurden und darüber hinaus auch eindeutig negativ zu beurteilende Begleiteffekte, insbesondere negative Auswirkungen auf die Beschäftigten nach sich gezogen haben.

Mit dem nunmehr vorgelegten Änderungsentwurf für die Bodenabfertigungsrichtlinie strebt die EU-Kommission einen noch höheren Wettbewerbsdruck an, der jedoch eindeutig zu Lasten von sozialen Regelungen geht. Eine weitere Deregulierung der Bodenverkehrsdienste wäre ein Schritt zu noch weniger Arbeitnehmerrechten im Luftverkehrsmarkt. Die Folgen für die Arbeitsbedingungen und die Wirtschaft in diesem sensiblen Bereich wären prekär, darüber hinaus würde das für den Flugverkehr unerlässliche Maß an Sicherheit und Zuverlässigkeit aufs Spiel gesetzt werden. Der Niederösterreichische Landtag beschloss, eine weitergehende Regulierung (nämlich Liberalisierung) im Bereich der Bodenabfertigungsdienste daher im Interesse der Beschäftigten aber auch im Interesse der Aufrechterhaltung des hohen Sicherheitsstandards bei der Flugabfertigung, abzulehnen. Er ersucht Sie, dies zur Kenntnis zu nehmen und bei Ihrer weiteren Tätigkeit in diesem Zusammenhang zu berücksichtigen.

Der Vollständigkeit halber ist die zum Beschluss erhobene Resolution des NÖ Landtages in Abschrift angeschlossen“

Bis 22. Mai 2012 sind folgende Antwortschreiben bei Herrn Landesrat Mag. Karl Wilfing eingegangen (gereiht nach Datum des Eintreffens) und liegen diesem Schreiben als Anlagen bei:

1. Bundeskanzleramt (Beilage 1)
2. Ko-Fraktionsvorsitzender EFD, Nigel Farage (Beilage 2)
3. Abgeordneter Dr. Hubert Pirker (Beilage 3)
4. Abgeordnete Dr. Evelin Lichtenberger und Ko-Fraktionsvorsitzende EFA, Rebecca Harms (Beilage 4)

5. Repräsentant der Präsidentschaft, Transportminister Henrik Dam Kristensen (Beilage 5)
6. Präsident des Europäischen Parlamentes, Martin Schulz (Beilage 6)
7. Abgeordnete Mag. Karin Kadenbach und Mag. Jörg Leichtfried (Beilage 7)
8. Frau Verkehrsministerin Doris Bures (Beilage 8)

Zusammenfassend geht aus den Antworten der Mitglieder des Europäischen Parlaments eine unterstützende Haltung für die Intentionen der Landtagsresolution hervor. Demgegenüber nehmen die Repräsentanten von EU-Organen zur Resolution eine neutrale Haltung ein und bekräftigen, dass die Sichtweise des NÖ Landtages so wie alle anderen Stellungnahmen im Meinungsbildungsprozess berücksichtigt werden. Seitens des Bundeskanzleramtes wird informiert, dass die Landtagsresolution dem Ministerrat vorgelegt wurde. Frau Verkehrsministerin Bures, die als zuständiges Mitglied der Österr. Bundesregierung die Interessen Österreichs im EU-Verkehrsmisterrat zu vertreten hat, begrüßt Wettbewerb grundsätzlich, tritt aber für verbindliche Regeln ein, um die hohe Sicherheit der Bodenabfertigungsdienste und die bestehenden Sozialstandards der in diesen Bereichen Beschäftigten zu erhalten.

Die NÖ Landesregierung beehrt sich, dies zu berichten.

NÖ Landesregierung

Landesrat M a g. W i l f i n g